Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger und jede Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 58 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 9. März 1933

Polens Spiel mit dem Feuer.

Nun hat Polen wieder einmal dafür gesorgt, daß das schon immer schwelende Feuer an der Weichsel zu einer hellen Flamme emporgelodert ist. Und wieder ist es ausgerechnet das polnische Munitionslager auf der Westerplatte im Danziger Hafen, um das herum das Feuer aufbrannte. Auf den Tag genau, am 5. März, als vor zwölf Jahren der polnische Vertreter in Genf die ganze Streitfrage angeschnitten hatte, hat man von Warschau die bisherige Militärwache auf der Westerplatte durch hundert Marinesoldaten — also nicht, wie es ursprünglich hieß, durch Polizei — verstärkt, ohne auch nur dem Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig ein Sterbenswort davon zu sagen, geschweige denn dem Danziger Senat als der Regierung des Freistaates.

Drei Jahre hat der Völkerbund beraten und hat beraten lassen, wie die polnische Forderung nach einem Munitionsstapelplatz im Danziger Hafengebiet erfüllt werden konnte. Die bitterste Kritik an diesem Vorhaben ging von dem — damaligen Völkerbundkommissar selbst aus, den man wirklich nicht als deutsch- oder Danzigfreundlich bezeichnen kann und der während der Beratungen in einer Denkschrift das richtige Wort fand, die polnische Regierung würde sicherlich auf der Westerplatte kein Munitionslager anlegen, wenn der Danziger Hafen — zur Polnischen Republik gehören würde! Es gibt ja auch in der ganzen Welt keinen einzigen Handelshafen, in dem Munition ausgeladen geschweige denn aufbewahrt werden darf. Ursprünglich sollte Polen auch nur das Recht erhalten, an einem isolierten und von der Stadt Danzig genügend weit entfernten Orte eine Niederlage für Munition einzurichten, die durch das Danziger Gebiet durchgeführt werden soll! Daraus ist aber ein Munitionslager geworden, und Danzig durfte sich zur Hälfte — mit drei Millionen Gulden — an den Kosten der für die Errichtung des Munitionsdepots notwendigen Anlagen beteiligen. Das Groteskste ist, daß das Depot ausgerechnet am Eingang des Danziger Hafens liegt und dieses damit bei einem Konflikt den Charakter einer — Mausefalle hat, die die Polen dann einfach zuschnappen lassen würden.

Wenn vor einem Dutzend Jahren ein Stapelplatz für polnische Munition, die zur Durchfuhr durch den Freistaat bestimmt war, vielleicht noch einigen Sinn hatte, weil damals Polen einen eigenen Seehafen noch nicht besaß, so ist das zu einem Unsinn oder vielmehr zu einer ganz anderen Zwecken dienenden feindlichen Maßnahme gegen Danzig geworden, seit die Polen in Gdingen über einen hochmodernen Hafen verfügen, dem sogar ein besonderer Kriegshafen angegliedert ist und von dem seit langem ohne Danziger Gebiet zu berühren, eine Eisenbahn durch den Korridor in das Innere Polens führt. In Gdingen ist über See herantransportierte Munition auch bereits in Massen ausgeladen und nach Polen weiter geschickt worden. Warum also lagern mitten im Danziger Hafengebiet Tausende von Tonnen Munition und Sprengstoffe? Weil dafür eine polnische Wachmannschaft notwendig ist, — und wer wird Polen daran verhindern können, diese „Wachtruppe" immer mehr zu vergrößern? Ausdrücklich zwar hat der Völkerbund verboten, daß in Danzig ein Militär- oder Marinestützpunkt errichtet werde, hat auch die damalige Forderung Polens abgelehnt, den „militärischen Schutz" über Danzig, also die Besetzung des Freistaates zu übernehmen. Nun will man allmählich auf einem Umweg zu diesem Ziel kommen, und ehe der entwaffnete Danziger Freistaat oder gar Genf es merkt, ist der polnische Militärstützpunkt dicht am Herzen des Danziger Gebietes geschaffen. Was allerdings in einigem Widerspruch mit der in Genf ausdauernd beratenen Abrüstung stände und die an sich schon gefährlichen Spannungen an der Weichsel gefährlich vergrößern müßte!

Aber Polen will ja mit dem Feuer spielen. Seit der in Genf mit auffallend betonter Herzlichkeit zustande gekommenen russisch-französischen Annäherung glaubt Polen gegen Danzig oder vielmehr gegen Deutschland den Rücken frei zu haben. Mit der Defensivpolitik Zaleskis hat sein Nachfolger im polnischen Außenministerium, Oberst Beck, längst Schluß gemacht. Die „Erklärung" der Warschauer Regierung über die sogenannten Gründe dafür, daß sie die Wachtruppe auf der Westerplatte durch Marinesoldaten verstärkte, ist eine ganze Kette unerhörtester Beleidigungen des Völkerbundskommissars und der Danziger Regierung und kaum noch verhüllter Beschuldigungen an die Adresse der deutschen Regierung. In ihrer Gier, sich Danzigs zu bemächtigen, und in ihrem Haß gegen alles Deutsche sieht die Warschauer Regierung geradezu „weiße Mäuse".

Soll mit dem Freistaat Danzig jetzt, da sich die Kleine Entente unter freundlichem Beifall Polens eng zusammenschloß gegen die „Gegner von Versailles und St. Germain" und da auch die Beziehungen zwischen Paris und Moskau sehr gut geworden sind, etwa dasselbe völkerrechtswidrige Spiel getrieben werden wie mit dem „autonomen Memelstaat" oder mit Wilna? Sollen „vollendete Tatsachen" auch in und mit Danzig geschaffen werden?

Ministerpräsident Schieck empfiehlt die Auflösung des sächsischen Landtages.

Dresden. Der sächsische Ministerpräsident Schieck hat heute an den Landtag folgendes Schreiben gerichtet:

> Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 hat eine Verschiebung der politischen Kräfte erwiesen, die, wenn Ruhe und Ordnung nichts aufs schwerste gefährdet werden sollen, auch in der Landespolitik zum Ausdruck kommen muß. Ich habe mich davon überzeugt, daß das nur dadurch zu erreichen ist, daß alsbald eine Neuwahl des Landtages stattfindet. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Präsident, bitten, dieses Schreiben zur Kenntnis des Landtages zu bringen.

Sicherem Vernehmen nach wird auf Grund dieser veränderten Sachlage die für heute nachmittag anberaumte Sitzung des Landtages nicht stattfinden. Zurzeit tagt noch der Aeltesten-Ausschuß.

*

von Killinger, Polizeibeauftragter in Sachsen.

Die Polizeigewalt in Sachsen, Baden, Württemberg und Schaumburg-Lippe übernommen.

Auf Grund der Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat hat der Reichsminister des Innern die polizeilichen Befugnisse in Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg und Sachsen übernommen. Zu Beauftragten des Reiches sind vom Reichsminister des Innern ernannt worden: für Schaumburg-Lippe: Beigeordneter Matthäi-Marl bei Recklinghausen; für Baden: badischer Landtagsabgeordneter Wagner; für Württemberg: Reichstagsabgeordneter von Jagow, bisher Eßlingen; für Sachsen: Reichstagsabgeordneter von Killinger.

v. Killinger nimmt seine Tätigkeit auf.

Dresden. Der neuernannte Reichskommissar für die sächsische Polizei, v. Killinger, hat heute vormittag im Ministerium des Innern seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Unterredung Hitler—Schieck.

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird aus Berlin mitgeteilt: „Der Reichskanzler empfing den sächsischen Ministerpräsidenten Schieck, der in Begleitung des Gesandten Graf Holtzendorff und des sächsischen Ministerialdirektors Schettler erschienen war. Seitens der Reichskanzlei nahmen an der Besprechung der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Lammers, und Dr. Meerwald teil. Die Unterhaltung, in der die politische Lage besprochen wurde, verlief in jeder Hinsicht freundschaftlich."

Allzuviel ist aus dieser Mitteilung nun freilich nicht zu ersehen. Das sächsische Volk erwartet aber mit Spannung eine Nachricht über die Lösung der Regierungsfrage.

Zentrum verlangt Einziehung der Hakenkreuzfahnen.

Görings Antwort an Joos.

Der Zentrumsabgeordnete Joos hat aus Köln folgendes Telegramm an den Reichsminister Göring gerichtet: Überwiegender Teil der Bevölkerung ist mit Hissung von Hakenkreuzfahnen auf staatlichen und kommunalen Gebäuden durch Organe der Nationalsozialistischen Partei unter keinen Umständen einverstanden. Zentrumspartei verlangt Anordnung der sofortigen Einziehung und Durchführung der Anordnung unter Einsatz der für den Schutz aller Bürger bestimmten Polizei.

Reichsminister Göring hat wie folgt geantwortet: Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat sich am 5. März zur Hakenkreuzfahne bekannt. Ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Bevölkerung stimmte für das Zentrum. Ich bin dafür verantwortlich, daß der Wille der Majorität des deutschen Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hat.

Nur feierlicher Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche.

Reichstagsvollsitzung im Berliner Kroll-Theater.

Der Reichskanzler hat Mittwoch mit dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Reichsminister des Innern Dr. Frick die Garnisonkirche in Potsdam besucht, um sich über die Vorbereitungen für den anläßlich der Eröffnung des Reichstags dort stattfindenden feierlichen Staatsakt mit den in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Stellen zu besprechen. Als Vertreter der Kirche waren der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats D. Dr. Kapler und der Geistliche Vizepräsident D. Burghart erschienen. Im Anschluß an den Besuch der Garnisonkirche wurde der Lange Stall in Potsdam, dann das Krolltheater in Berlin besichtigt, die beide für die Vollsitzungen des Reichstages in die engere Wahl kamen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Krolltheaters, da der beschleunigte Zusammentritt des Reichstages dringend geboten ist und der Ausbau des Langen Stalles einige Wochen beanspruchen und auch mit recht erheblichen Kosten verbunden wäre. Der Zusammentritt des Reichstages soll möglichst beschleunigt werden.

Begrüßungsansprache Hindenburgs.

Die üblichen Eröffnungsgottesdienste werden für den evangelischen Teil in der Nikolaikirche, für den katholischen Teil in der Katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam stattfinden. An dem Eröffnungsgottesdienst in der Nikolaikirche wird der Herr Reichspräsident teilnehmen. Nach Beendigung der Gottesdienste ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Zügen unter dem Geläute aller Glocken Potsdam in die Garnisonkirche. Dort findet ein Staatsakt statt. Der Herr Reichspräsident wird eine Begrüßungsansprache halten und alsdann dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung geben. Der Staatsakt wird von Kirchenmusik umrahmt sein.

Reichstag am 21. März?

Anschließend an den Staatsakt begibt sich der Herr Reichspräsident allein zur Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrichs Wilhelms I. und Friedrich des Großen einen Lorbeerkranz niederlegt. Im Anschluß daran schreitet der Herr Reichspräsident vor der Kirche die Front der dort aufgestellten Ehrenkompagnie ab. Hieran schließt sich ein Vorbeimarsch der Ehrenkompagnie.

Nach Abschluß der Feier in Potsdam begeben sich Reichsregierung und Abgeordnete zur Eröffnungssitzung nach Berlin in das Krolltheater.

Es ist anzunehmen, daß die Eröffnung voraussichtlich am 21. März stattfinden wird.

Verschärfte Bekämpfung der Zersetzungsarbeit der KPD.

Ein Polizeierlaß Görings.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Innenministerium, Reichsminister Göring, hat einen Runderlaß an alle Polizeibehörden gerichtet, in dem es heißt:

Erfolge einzelner Polizeibeamter und kraftvoll durchgeführte Maßnahmen einzelner Polizeibehörden haben gezeigt, was bei voller Hingabe und Anspannung aller Kräfte zur Bekämpfung illegaler kommunistischer Zersetzungsarbeit erreicht werden kann.

Es kommt in nächster Zeit darauf an, bewußt die stellenweise noch vorhandene Lauheit zu beseitigen. Vor allem muß selbständiger Entschluß, Umsicht und Zähigkeit des einzelnen Polizeibeamten bei der Verfolgung von Spuren bis zur Aufklärung die verdiente Anerkennung finden.

Diese soll sich nicht nur in der öffentlichen Belobigung in Tagesbefehlen und Nachrichtenblättern mit Aufnahme in die Personalakten erschöpfen. In geeigneten Fällen sind dienstfreie Tage außer der Reihe, Sonderurlaub, Geldbelohnungen, bevorzugte Einberufung zu Beförderungslehrgängen und in besonderen Fällen, z. B. wenn eine erhebliche Lebensgefahr vorlag, auch Beförderungen außer der Reihe, die ich mir im einzelnen Falle vorbehalte, angebracht.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF